

Nahost-Konferenz

«Schlechte Idee – schlecht vorbereitet»

Die USA haben Vertreter von mehr als 50 Staaten eingeladen, um neue Nahost-Gespräche aufs Gleis zu bringen. Washington hat aber auch andere Ziele.

VON THOMAS SPANG, ANNAPOLIS

In einem scheinen sich Experten auf allen Seiten des politischen Spektrums einig zu sein: Bei der mit grossem Trara angekündigten Nahost-Konferenz an den Ufern der Chesapeake Bay dürften nicht viel mehr als ein paar salbungsvolle Worte herauskommen.

Oder wie ein Kolumnist spöttelt: Das Treffen in Annapolis, der romantischen Hauptstadt Marylands unweit von Washington, sei für die Vertreter der Teilnehmerstaaten eine gute Gelegenheit, kurz vor den Feiertagen zu einem niedrigen Dollarkurs in den USA einzukaufen.

«Loch in der Atmosphäre»

Israelis und Palästinenser seien nicht einmal dazu in der Lage, sich auf eine inhaltliche Agenda für die 24-Stunden-Konferenz zu verständigen. Zudem sei überhaupt nicht klar, mit welcher Autorität Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas anreise, nachdem er die Kontrolle über Gaza an die Hamas verloren hat. «Eine schlechte Idee, die schlecht vorbereitet wurde», findet deshalb Daniel Levy von der New America Foundation, selber ein erfahrener Teilnehmer früherer Nahost-Verhandlungen.

US-Aussenministerin Condoleezza Rice habe in den vergangenen Wochen «mit ihren Reisen in den Nahen Osten fast ein Loch in die Atmosphäre geflogen», spottet auch David Wurmser. Bis August war er Nahost-Berater Dick Cheney. Rice tourte in diesem Jahr ein halbes Dutzend Mal in der Region herum, um die Teilnahme Israels, der palästinensischen Übergangsverwaltung sowie arabischer Schlüsselstaaten zu sichern. Vertane Liebesmühe, argumentiert Wurmser, der angesichts der Ausgangslage wenig konkrete Chancen für einen Durchbruch in Annapolis sieht. «Ich würde die Latte sehr niedrig auflegen: Erfolg ist, wenn kein Schaden angerichtet wird.»

Rice sieht sich auf Neuland

«Lassen Sie uns nicht über den Grad der Vorbereitung streiten», verteidigt Rice ihre von Präsident George W. Bush unterstützte Initiative. Diese Konferenz wiederhole nicht bloss, was vorher versucht wurde, sondern betrete Neuland. Sie sei «die Gelegenheit, ein Signal auszusenden», führt Rices Nahost-Beauftragter C. David Welch aus. Dessen Botschaft lautet: Es werde wieder ver-



Die skeptischen Blicke zwischen israelischen Soldaten und Palästinensern bleiben – auch gestern in Hebron.

KEYSTONE

handelt – «nach langer Zeit ohne solche Gespräche».

Basis für Anti-Iran-Koalition

Der Nahost-Experte der unabhängigen Brookings Institution, Martin Indyk, bietet ein anderes Erklärungsmuster an. Aus seiner Sicht geht es in Annapolis darum, die Voraussetzungen für eine Anti-Iran-Koalition zu schaffen. Denn weder Araber noch Israelis hätten ein Interesse an einem erstarkten Schiitenstaat. Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas fühle sich durch die von Teheran unterstützte Hamas bedroht. Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien wehrten sich gegen den Hegemonialanspruch der Mullahs. Und Israel habe verständliche Sorgen angesichts der makabren Rhetorik des iranischen Präsidenten.

Einem Bündnis gegen Iran stünde nur das Palästinenser-Problem im Weg. Deshalb müssen alle Seiten guten Willen zeigen. Oder wie «New York Times»-Kolumnist David Brooks in einem viel beachteten Beitrag schreibt: «Es geht darum, die antiiranischen Kräfte um ein Vehikel zu versammeln, das die strategischen Kräftekorrelationen neu ordnet.»

Aussenministerin Rice weist diese Unterstellung als «merkwürdiges Argument» zurück. Der Palästinenser-Konflikt müsse um seiner selbst willen gelöst werden. Natürlich gebe es auch «einen regionalen Kontext», der die Araber motivieren könnte, den Konflikt zu lösen.

US-Präsident Bush wird den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Ol-

EXPRESS

- ▶ Am Dienstag wird eine Nahost-Konferenz stattfinden.
- ▶ Dabei sind 50 Länder, nicht aber die Schweiz.

mert und Palästinenser-Präsident Abbas am Montag getrennt im Weissen Haus empfangen. Am Abend lädt Rice zu einem Abendessen für die Konferenzteilnehmer ein. In Annapolis selber werden Bush, Olmert und Abbas am Dienstag in Reden ihre Standpunkte markieren, bevor sie am Mittwoch noch einmal zu bilateralen Gesprächen im Weissen Haus zusammenkommen.

KOMMENTAR

Alle gegen Iran

Wie Vorgänger Bill Clinton versucht US-Präsident George W. Bush zum Ende seiner zweiten Amtszeit einen neuen Anlauf zum Frieden im Nahen Osten. Doch die Ausgangsposition könnte nicht unterschiedlicher sein.

Während Clinton auf Camp David mit Ehud Barak und Jassir Arafat durchsetzungsstarke Politiker zusammenbrachte, treffen in Annapolis zwei schwache Führer aufeinander. Der Präsident der Palästinenser-Behörde, Mahmud Abbas, hat die Kontrolle über Gaza an die extremistische Hamas verloren. Israel wird mit Ehud Olmert von einem Ministerpräsidenten vertreten, der seit dem missglückten Eingreifen in Libanon den letzten Rückhalt in der Bevölkerung verloren hat.

Schliesslich fehlt auch Gastgeber Bush die internationale Autorität, als Vermittler aufzutreten, nachdem er den Friedensprozess schleifen liess. Seine Bemühungen kommen mit sieben Jahren Verspätung.

Dennoch gibt es keine Alternative zu einem Erfolg in Annapolis. Die Chancen von Annapolis liegen darin, dass Bush im Vorfeld die Araber an Bord geholt hat. Syrien und Saudi-Arabien könnten diesmal eine positive Rolle spielen. Und es gibt ein gemeinsames Interesse, das Araber und Israelis diesmal teilen: den Einfluss Irans in der Region einzudämmen. Schliesslich bedroht das schiitische Mullah-Regime nicht nur die Existenz Israels, sondern fordert auch moderate sunnitische Regierungen heraus.

THOMAS SPANG, ANNAPOLIS
nachrichten@neue-lz.ch

«Sonst wird die Gewalt nie aufhören»

Worum geht es in Annapolis? Wir fragten einen moderaten Palästinenser.

Rami Nasrallah, was erwarten Sie von der Konferenz in Annapolis?

Rami Nasrallah*: Sie ist eine einmalige Gelegenheit für eine klare politische Perspektive, welche den Palästinensern erlaubt, ihren eigenen lebensfähigen Staat zu erhalten. Aber das ist immer noch weit weg von den Erwartungen der einfachen Leute: Die Gespräche haben bisher nichts an den Schikanen durch die 500 israelischen Checkpoints geändert. Zählen wird nur, ob sich nach der Konferenz daran etwas ändert.

Und wie soll sich daran etwas ändern?

Nasrallah: Die Konferenz sollte nicht nur eine Gelegenheit sein für die Führer, miteinander zu reden, ohne dass sie Leitplanken für eine Friedenslösung erarbeiten. Es braucht einen konkreten Zeitplan mit konkreten Schritten.

Und wohin sollen die Schritte führen?

Nasrallah: Zu einem eigenen Staat für die Palästinenser. Sonst gibt es eine neue Eskalation des Konflikts.

Es heisst, die USA wollten mit der Konferenz eine Front gegen Iran aufbauen.

Nasrallah: Ich sehe nicht, inwiefern wir Palästinenser eine Macht sein könnten, welche den Konflikt mit Iran beeinflussen würde. Aber die Amerikaner haben sicher Interesse an einer ruhigen Front im israelisch-palästinensischen Konflikt, wenn sie Druck auf Iran aufbauen und vielleicht sogar einen neuen Krieg beginnen wollen.



«Gut für Israel ist langfristig nur, was auch für die Palästinenser gut ist.»

Die Palästinenser sind geteilt zwischen Westjordanland und Gaza, Selbstmordanschläge in Israel gibt es fast keine mehr. Also könnte Israel einfach einseitig eine Lösung beschliessen.

Nasrallah: Schon jetzt zwingt Israel den Palästinensern eine Art Lösung auf mit der Mauer, welche das palästinensische Territorium unterteilt und die israelische Besatzung festigt. Die Mauer

hat den Terror zwar vorerst gestoppt, aber die Geschichte hat uns gelehrt, dass die Menschen Wege finden, die Mauern zu umgehen. Wenn die Palästinenser östlich der Mauer keine politische und wirtschaftliche Perspektive haben, wird die Gewalt nie aufhören. Gut für Israel ist langfristig nur, was auch für die Palästinenser gut ist.

Und was wäre das?

Nasrallah: Die Palästinenser müssen ihre nationalen Ambitionen befriedigen können, indem sie einen demokratischen Staat erhalten auf der Mehrheit des Landes, das 1967 besetzt wurde, und mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

Was kann die Schweiz beitragen?

Nasrallah: Die Schweiz hat als neutrales Land das Vertrauen aller Beteiligten: der Juden, der Muslime und der Christen. Sie ist ausserdem ein Vorbild, wie sie mit internen Konflikten umgeht.

INTERVIEW FABIAN FELLMANN

HINWEIS

* Der palästinensische Politikwissenschaftler Rami Nasrallah (38) ist Direktor des International Peace and Cooperation Center in Jerusalem. Er sprach kürzlich an einer Tagung des Lasalle-Instituts in Edlibach bei Zug. Die beiden Institutionen arbeiten in Jerusalem zusammen. Infos: www.ipcc-jerusalem.org, www.lasalle-institut.org ◀

Schweiz bleibt aussen vor

Grosszügig hat George W. Bush Einladungen verteilt: Mehr als 40 Staaten und internationale Organisationen nehmen an der Nahostkonferenz in Annapolis teil. Darunter sind neben den grossen Interessenvertretern auch neutrale Länder wie Norwegen. Doch die Schweiz fehlt auf der Teilnehmerliste – trotz oder wegen ihres Engagements im Nahen Osten? Die Schweiz hat die private «Genfer Initiative» für einen Friedensplan unterstützt und Geheimgespräche zwischen Israel und Syrien eingefädelt, was von den USA skeptisch aufgenommen wurde.

Departement wiegelt ab

Beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten will man dies nicht kommentieren. Sprecher Lars Knuchel: «Die Teilnehmerliste wurde von den USA allein nach ihren Kriterien zusammengestellt. Die Schweiz ist weder ein Land der Region noch eines der eingeladenen Gruppierungen.» Die Schweiz unterstütze die Annapolis-Konferenz und hoffe, «dass diese einen Friedensprozess in Gang bringen kann», sagt Knuchel. Er schreibt der Schweiz

gewisse Verdienste zu: «Sowohl die israelische als auch die palästinensische Verhandlungsdelegation haben sich intensiv mit Personen unterhalten, die bei der «Genfer Initiative» mitgemacht haben, um Erfahrungen und Kenntnisse daraus für den jetzigen Prozess zu nutzen.»

«Calmy-Rey hat Vertrauen nicht»

Weniger positiv urteilt Bruno Frick, Schwyzer CVP-Ständerat und Mitglied der aussenpolitischen Kommission. «Es ist der Schweizer Diplomatie nicht gelungen, die Rolle zu spielen, die sie gerne spielen würde. Offenbar hat Micheline Calmy-Rey das Vertrauen Israels nicht.» Dass die Schweiz nicht

eingeladen werde, sei eine Ernüchterung: «Die Friedensstifterin erwacht aus ihrem Traum», so Frick.

Froh, dass sich die Schweiz nicht weiter vorwagt, ist hingegen Felix Müri, Luzerner SVP-Nationalrat und Mitglied der aussenpolitischen Kommission. «Die Schweiz soll ihre Dienste zur Verfügung stehen, wenn beide Seiten das wollen. Aber sie soll sich nicht in fremde Konflikte einmischen.»

BRUNO FRICK,
SCHWYZER STÄNDERAT

FABIAN FELLMANN